

chende Reformen und Sensibilisierungsmaßnahmen in diesen Bereichen ansetzen.

Besonders positiv hervorzuheben ist die Umsetzung der Grundsätze „Prinzip – Vorfahrt für KMU“ sowie „Politische Instrumente – KMU gerecht“. Österreich liegt hier bei allen Indikatoren über dem EU-Durchschnitt und konnte oftmals die besten Werte aller EU-Staaten erzielen. Wesentlich dazu beigetragen hat beispielsweise das ambitionierte Entbürokratisierungsprogramm „Verwaltungskosten senken“ mit insgesamt 173 Vereinfachungsmaßnahmen für Österreichs Unternehmen, mit denen diese bis Ende 2012 voraussichtlich um rd. € 1 Mrd. entlastet werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Einführung des genannten „KMU-Tests“ zu erwähnen, mit dem ab 2013 Auswirkungen von Regelungsvorhaben auf KMU abgeschätzt werden können.

Dass politische Instrumente in Österreich bereits in hohem Maße KMU-gerecht eingesetzt werden, zeigt sich am hohen Anteil der KMU an öffentlichen Aufträgen (über 40 %) im Vergleich zu anderen EU-Ländern. Die Novelle des Bundesvergabegesetzes konnte hier durch Anhebung der Schwellenwerte für die Direktvergabe Erleichterungen schaffen. Nichtsdestoweniger können hier noch weitere Verbesserungen (wie etwa Information, Weiterbildung, Monitoring, Austausch bewährter Verfahren) ansetzen, da KMU im Vergleich zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung (über 60 % der Beschäftigten bzw. der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen) bei der Auftragsvergabe weiterhin unterrepräsentiert sind.

Besonders positiv ist in Österreich auch die online-Verfügbarkeit sämtlicher Behördendienste sowie auch die „Unternehmensgründung online“ im Rahmen des Unternehmensserviceportal (USP) zu bewerten. Hier hält Österreich eine Spitzenposition. Wesentliche Verbesserungen konnten zudem bei der Gründung von nicht protokollierten Einzelunternehmen (80 % der österreichischen Gründungen) erzielt werden. Diese ist innerhalb eines Tages nahezu kostenlos möglich. Handlungsbedarf kann währenddessen bei der GmbH-Gründung und den Mindestkapitalerfordernissen gesehen werden. Das einzuzahlende Mindestkapital, aber auch die Dauer der Unternehmensgründung, liegen noch deutlich über dem Durchschnitt der EU-Staaten.

Der Zugang des Mittelstandes zu Finanzmitteln wird in Zeiten angespannter Finanzmärkte durch ein umfangreiches Angebot an Maßnahmen der aws und ÖHT erleichtert. Österreich lag bei der Umsetzung des entsprechenden

Grundsatzes in etwa im Durchschnitt der EU-27. Während der Zugang zu Bankdarlehen sowie die vergleichsweise geringen Zahlungsausfälle positiv gewertet wurden, war der „Zugang zu Risikokapital“ unterdurchschnittlich. Die zwei neuen ab 2013 startenden Jungunternehmerfonds mit einem Gesamtvolumen von € 110 Mio. setzen daher genau hier an.

Dass „Weiterqualifizierung & Innovation“ in Österreich einen wichtigen Stellenwert einnimmt und auch unterstützt wird, zeigen die zahlreichen Förderungen auf diesem Gebiet sowie die überdurchschnittlich erfolgreiche Umsetzung dieses Grundsatzes des SBA. Der Anteil an Ausbildungsunternehmen in Österreich übertrifft deutlich den EU-Durchschnitt. Initiativen wie „Forschungskompetenzen für die Wirtschaft“, welche bestehendes Forschungs- und Innovationspersonal in Österreichs Unternehmen fördert, aber auch das umfassende Angebot an Forschungs- und Innovationsförderungen der FFG haben dazu beigetragen, die Forschungs- und Entwicklungsquote zu steigern (zwischen 2000 und 2010 um 0,82 Prozentpunkte). Diese Anstrengungen werden weiter forciert, um zur Gruppe der so genannten „Innovation Leaders“, der innovativsten Länder innerhalb der EU, aufzusteigen.

Österreichs KMU profitieren überdurchschnittlich vom Binnenmarkt und auch der Anteil der KMU, die in Nicht-EU-Länder exportieren liegt in Österreich über dem EU-Durchschnitt. Die im Regierungsprogramm verankerte Internationalisierungsoffensive mit der Exportoffensive „go international“ unterstützt die heimischen Unternehmen erfolgreich bei ihrem Schritt über die Grenze und der Bearbeitung neuer Märkte. In diesem Sinne gilt es, die Position Österreichs als erfolgreiches Exportland weiter zu stärken und vermehrt auch kleinere Unternehmen zum Schritt in die Exporttätigkeit zu ermutigen und entsprechend zu fördern.

7 Anhang

7.1 Nationale statistische Daten

7.1.1 Unternehmen und Beschäftigte in der gewerblichen Wirtschaft

Im Folgenden werden die Daten der Beschäftigungsstatistik 2011 der WKÖ gegliedert nach Sektoren sowie Unternehmensgrößen dargestellt. Umfasst ist ausschließlich die gewerbliche Wirtschaft²⁰, eine Vergleichbarkeit mit den in Kapitel 1 angeführten Werten der Statistik Austria zur marktorientierten Wirtschaft ist somit insofern nicht gegeben, als dass letztere auch die freien Berufe und das Veterinärwesen inkludieren.

Die nachfolgende sektorale Gliederung folgt der Einteilung nach Sparten gemäß der Systematik der WKÖ. Die Unternehmen sind nach ihrem Tätigkeitsschwerpunkt zu den jeweiligen Sparten zugeordnet. Die Abgrenzung der KMU wird mittels der Beschäftigten-Größenklassen, welche sich auf die unselbstständig Beschäftigten per Jahresende 2011 und nicht, wie in der Definition der Europäischen Kommission, auf die Beschäftigten insgesamt (inkl. Selbstständige) beziehen, vorgenommen.

Es ist weiters zu beachten, dass die Daten von 2011 nicht mit jenen der Vorjahre und daher auch nicht mit den im „Mittelstandsbericht 2010“ (BMWJF (2010): Mittelstandsbericht 2010 – Bericht über die Situation der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft. Wien: BMWFJ) veröffentlichten Daten vergleichbar sind. Seit 2010 fließen in die Beschäftigungsstatistik alle Unternehmen ohne Umsatzschwelle von € 10.000,- p.a. (wie im Unternehmensregister für statistische Zwecke bzw. in der Leistungs- und Strukturstatistik von Statistik Austria) ein. Auf Grund einer weiteren Verfeinerung der Methodik ist die Zahl der Unternehmen in der Beschäftigungsstatistik 2011 auch nicht mit jener von 2010 vergleichbar. Zudem wird die Anzahl der Ein-Personen-Unternehmen nicht mehr ausgewiesen. Deshalb wird von Vergleichen mit den Vorjahren abgesehen.

7.1.2 Struktur nach Größenklassen

Insgesamt zählten zum Jahresende 2011 rund 408.100 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu den KMU, was einem Anteil von 99,7 % an allen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft entspricht. Die KMU beschäftigten rund 1,4 Mio. bzw. rund 60 % aller Arbeitnehmer.

Eine Differenzierung nach Größenklassen macht deutlich, dass der Großteil der Betriebe klein strukturiert ist. Rund 92 % der Unternehmen beschäftigten weniger als zehn Mitarbeiter.

Der Großteil (rund 40 %) der Arbeitnehmer arbeitete Ende 2011 in einem Großbetrieb. Innerhalb der KMU war die Mehrheit der Beschäftigten in Kleinbetrieben mit 10 bis 49 Mitarbeitern und in Mittelbetrieben mit 50 bis 249 Mitarbeitern (jeweils rund 22 %) tätig.

Tabelle 42 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011

	Unternehmen		Unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	377.694	92,3	354.367	15,7
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	25.449	6,2	505.002	22,4
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	4.961	1,2	499.235	22,2
KMU insgesamt	408.104	99,7	1.358.604	60,2
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	1.090	0,3	898.813	39,8
Gesamte gewerbliche Wirtschaft	409.194	100	2.257.417	100

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

7.1.3 Sektorale Struktur nach Größenklassen

Differenziert nach Sektoren stellte das Gewerbe und Handwerk 2011 die größte Sparte dar. Mehr als drei von zehn Betrieben und über ein Drittel der Beschäftigten zählten Ende 2011 zu diesem Sektor. Der zweitgrößte Wirtschaftsbereich war der Handel, zu dem knapp ein Viertel der Unternehmen und ein Fünftel der Arbeitnehmer zu zählen waren.

Gemessen an der Anzahl der Unternehmen folgte an dritter Stelle die Sparte Information und Consulting mit rund 19 % der Unternehmen, knapp vor der Tourismus und Freizeitwirtschaft mit einem Anteil von rund 18 % der Unternehmen. Betrachtet man hingegen den Anteil an den Mitarbeitern in KMU, liegt der Tourismus und die Freizeitwirtschaft mit rund 18 % aller Beschäftigten an dritter Stelle vor der Sparte Information und Consulting (rund 9 %).

Ein Vergleich der Unternehmensgrößen zeigt, dass die Banken und Versicherungen sowie die Industrie überdurchschnittlich viele Mitarbeiter beschäftigten. Die Anzahl der Arbeitnehmer betrug bei den Banken und Versicherungen im Jahr 2011 durchschnittlich rund 33 und in der Industrie durchschnittlich rund 17 unselbstständig Beschäftigte. Am kleinsten strukturiert war die Sparte Information und Consulting, diese beschäftigte im Jahr 2011 durchschnittlich rund 2 unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen.

Tabelle 43 Anzahl der KMU und unselbstständig Beschäftigten in KMU der gewerblichen Wirtschaft sowie durchschnittliche Unternehmensgröße nach Sparten per 31. 12. 2011					
	KMU		unselbstständig Beschäftigte in KMU		Ø Unternehmensgröße ¹
	absolut	Aufgliederung in %	absolut	Aufgliederung in %	
Gewerbe und Handwerk	125.939	30,9	460.666	33,9	3,7
Industrie	7.611	1,9	131.362	9,7	17,3
Handel	100.946	24,7	271.878	20,0	2,7
Bank und Versicherung	1.021	0,3	33.627	2,5	32,9
Transport und Verkehr	23.652	5,8	95.051	7,0	4,0
Tourismus und Freizeitwirtschaft	71.797	17,6	237.651	17,5	3,3
Information und Consulting	77.138	18,9	128.369	9,4	1,7
Gewerbliche Wirtschaft insgesamt	408.104	100	1.358.604	100	3,3

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
¹ unselbstständig Beschäftigte je Unternehmen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Gewerbe und Handwerk

Im Bereich des Gewerbe und Handwerks gab es Ende 2011 rund 125.900 KMU. Diese beschäftigten etwa 460.700 Mitarbeiter. Dies entsprach einem Anteil von 99,8 % aller Unternehmen sowie von mehr als drei Viertel aller Beschäftigten des Gewerbe und Handwerks.

Tabelle 44 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Gewerbe und Handwerk nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		Unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	114.704	90,9	127.513	21,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	9.760	7,7	191.162	31,7
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	1.475	1,2	141.991	23,5
KMU insgesamt	125.939	99,8	460.666	76,3
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	209	0,2	142.918	23,7
Gewerbe und Handwerk	126.148	100,0	603.584	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Industrie

Von den insgesamt rund 8.000 Unternehmen der Industrie waren 2011 rund 7.600 Unternehmen bzw. 95 % den KMU zuzurechnen. Diese beschäftigten mit rund 131.400 Arbeitnehmern knapp ein Drittel aller unselbstständig Beschäftigten in diesem Wirtschaftssektor. Eine vergleichsweise hohe Bedeutung kommt innerhalb der Industrie den Großbetrieben zu. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten in der Industrie arbeiteten 2011 in einem Großbetrieb.

Tabelle 45 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Industrie nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	5.808	72,3	4.535	1,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	933	11,6	23.226	5,5
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	870	10,8	103.601	24,5
KMU insgesamt	7.611	94,8	131.362	31,1
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	420	5,2	290.738	68,9
Industrie	8.031	100,0	422.100	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

Handel

Zu Jahresende 2011 zählten rund 100.900 Betriebe innerhalb der Sparte Handel zu den KMU. Dies entsprach rund 99,8 % aller Unternehmen. Die KMU boten rund 58 % aller Handelsmitarbeiter einen Arbeitsplatz.

Tabelle 46 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Handel nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	94.792	93,7	80.428	17,0
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	5.323	5,2	102.312	21,6
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	922	0,9	89.138	18,9
KMU insgesamt	100.946	99,8	271.878	57,5
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	185	0,2	200.955	42,5
Handel	101.131	100,0	472.833	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Bank und Versicherung

Bei den Banken und Versicherungen waren Ende 2011 rund 1.020 Unternehmen bzw. knapp 94 % den KMU zuzurechnen. Diese beschäftigten rund 33.600 Mitarbeiter, was einem Anteil von rund 32 % an allen Mitarbeitern in diesem Wirtschaftsbereich entsprach.

Etwa ein Drittel der Banken und Versicherungen gehörten zur Gruppe der Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte). In den anderen betrachteten Sektoren findet sich in dieser Unternehmensgröße die Mehrheit der Unternehmen, während in der Sparte der Banken und Versicherungen der größte Anteil (rund 40 %) im Bereich der Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeitern zu finden ist.

Tabelle 47 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Bank und Versicherung nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	366	33,6	1.046	1,0
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	439	40,3	10.635	10,0
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	216	19,8	21.946	20,6
KMU insgesamt	1.021	93,8	33.627	31,6
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	68	6,2	72.956	68,4
Bank und Versicherung	1.089	100,0	106.583	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Transport und Verkehr

In der Sparte Transport und Verkehr gab es zu Jahresende 2011 mehr als 23.700 Betriebe, von denen 99,7 % bzw. rund 23.650 zu den KMU gehörten. Diese beschäftigten knapp die Hälfte aller Mitarbeiter dieser Sparte bzw. rund 95.100 unselbstständig Beschäftigte.

Tabelle 48 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Transport und Verkehr nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	21.364	90,1	23.344	12,1
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	1.947	8,2	38.911	20,2
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	341	1,4	32.796	17,0
KMU insgesamt	23.652	99,7	95.051	49,4
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	67	0,3	97.428	50,6
Transport und Verkehr	23.719	100,0	192.479	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Tourismus und Freizeitwirtschaft

Die insgesamt rund 71.800 KMU der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft beschäftigten zum Jahresende 2011 etwa 237.700 Mitarbeiter. Beinahe alle Unternehmen (99,9 %) dieses Wirtschaftsbereiches waren KMU, welche auch mehr als 80 % aller Arbeitnehmer der Tourismus- und Freizeitwirtschaft beschäftigten. Ein Vergleich mit den übrigen Sparten zeigt, dass in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft der höchste Anteil an Mitarbeitern, die in einem KMU arbeiten, zu finden ist.

Tabelle 49 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011

	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	66.287	92,2	77.513	26,9
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	4.817	6,7	92.661	32,1
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	693	1,0	67.477	23,4
KMU insgesamt	71.797	99,9	237.651	82,4
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	79	0,1	50.821	17,6
Tourismus und Freizeitwirtschaft	71.876	100,0	288.472	100,0

Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011

Information und Consulting

Ende des Jahres 2011 zählten 99,9 % bzw. rund 77.100 Betriebe der Sparte Information und Consulting zu den KMU. Rund 128.400 Beschäftigte waren in KMU tätig, die rund drei Viertel aller Mitarbeiter in diesem Wirtschaftsbereich ausmachten.

Tabelle 50 Anzahl der Unternehmen und unselbstständig Beschäftigten der Sparte Information und Consulting nach unselbstständig Beschäftigten-Größenklassen per 31. 12. 2011				
	Unternehmen		unselbstständig Beschäftigte	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %
0 bis 9 unselbstständig Beschäftigte	74.373	96,3	39.988	23,3
10 bis 49 unselbstständig Beschäftigte	2.321	3,0	46.095	26,9
50 bis 249 unselbstständig Beschäftigte	444	0,6	42.286	24,7
KMU insgesamt	77.138	99,9	128.369	74,9
250 und mehr unselbstständig Beschäftigte	62	0,1	42.997	25,1
Information und Consulting	77.200	100,0	171.366	100,0
Anmerkung: Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen				
Quelle: Wirtschaftskammer Österreich, Beschäftigungsstatistik 2011				

7.1.4 Gründungsgeschehen

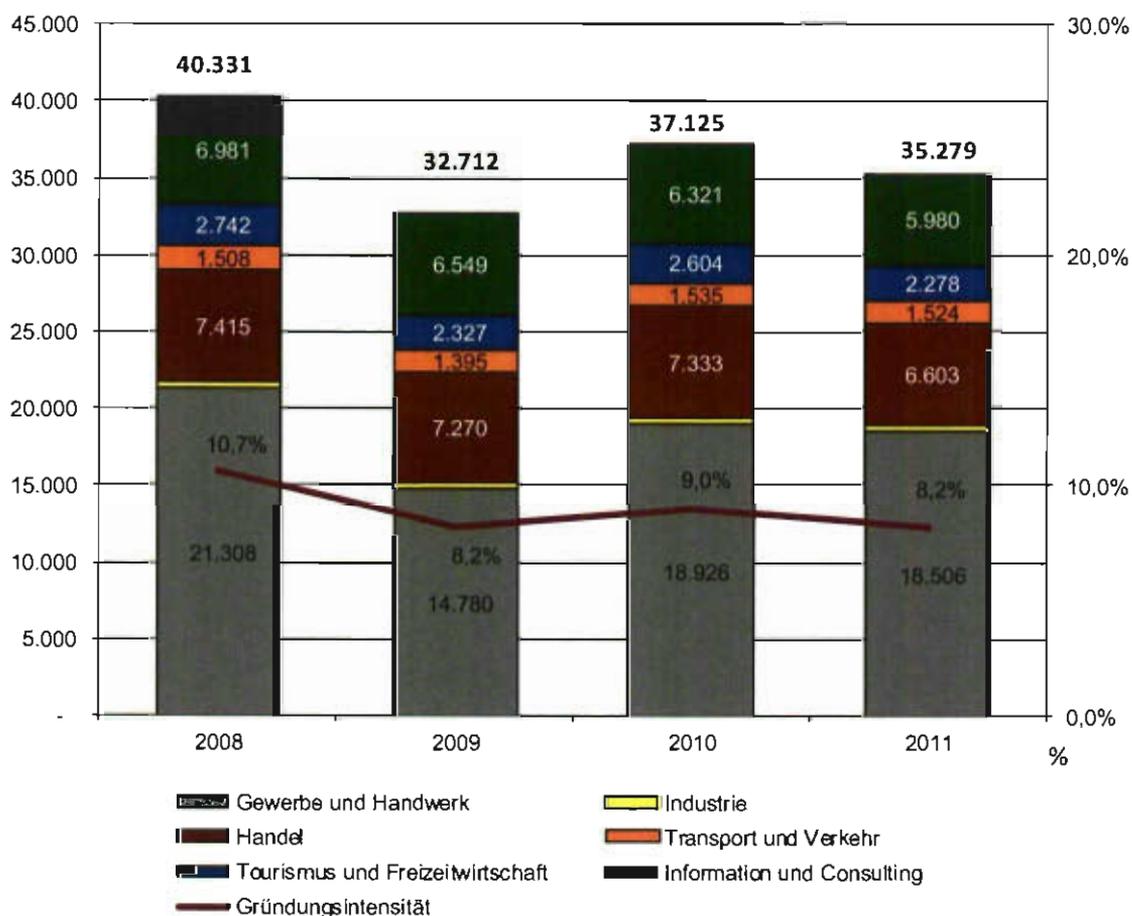
Die nachfolgende Statistik basiert auf Daten der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich. Dargestellt werden die Neuzugänge an Wirtschaftskammermitgliedern insgesamt, wobei eine Differenzierung nach KMU mangels Beschäftigungsdaten nicht möglich ist. Die Daten sind zudem nicht mit der Beschäftigungsstatistik (vgl. Kapitel 1.2) vergleichbar, welche die Anzahl der Unternehmen laut Unternehmensregister ausweist.

Im Jahr 2011 wurden in der gewerblichen Wirtschaft rund 35.300 Unternehmen neu gegründet²¹, was einen Rückgang von 5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Gründungsintensität, d.h. der Anteil der neugegründeten Betriebe an allen aktiven Kammermitgliedern lag bei 8,2 %. Ein Vergleich der letzten Jahre zeigt, dass die Neugründungen seit 2008 nicht zuletzt auf Grund der Wirtschaftskrise rückläufig waren. Der Wert von rund 40.300 Unternehmen und einer Gründungsintensität von 10,7 % konnte seither nicht mehr erreicht werden.

Demgegenüber steht die nach wie vor hohe Überlebensdauer der neugegründeten Unternehmen, knapp 70 Prozent sind nach fünf Jahren noch am Markt tätig (Quelle WKÖ).

Innerhalb der Sparten zeigt sich, dass die meisten Neugründungen im Gewerbe und Handwerk sowie im Handel stattgefunden haben. Jedoch waren auch in diesen Bereichen seit 2008 deutliche Rückgänge zu verzeichnen.

Grafik 66 Entwicklung der Neugründungen und der Gründungsintensität in der gewerblichen Wirtschaft, 2008 – 2011



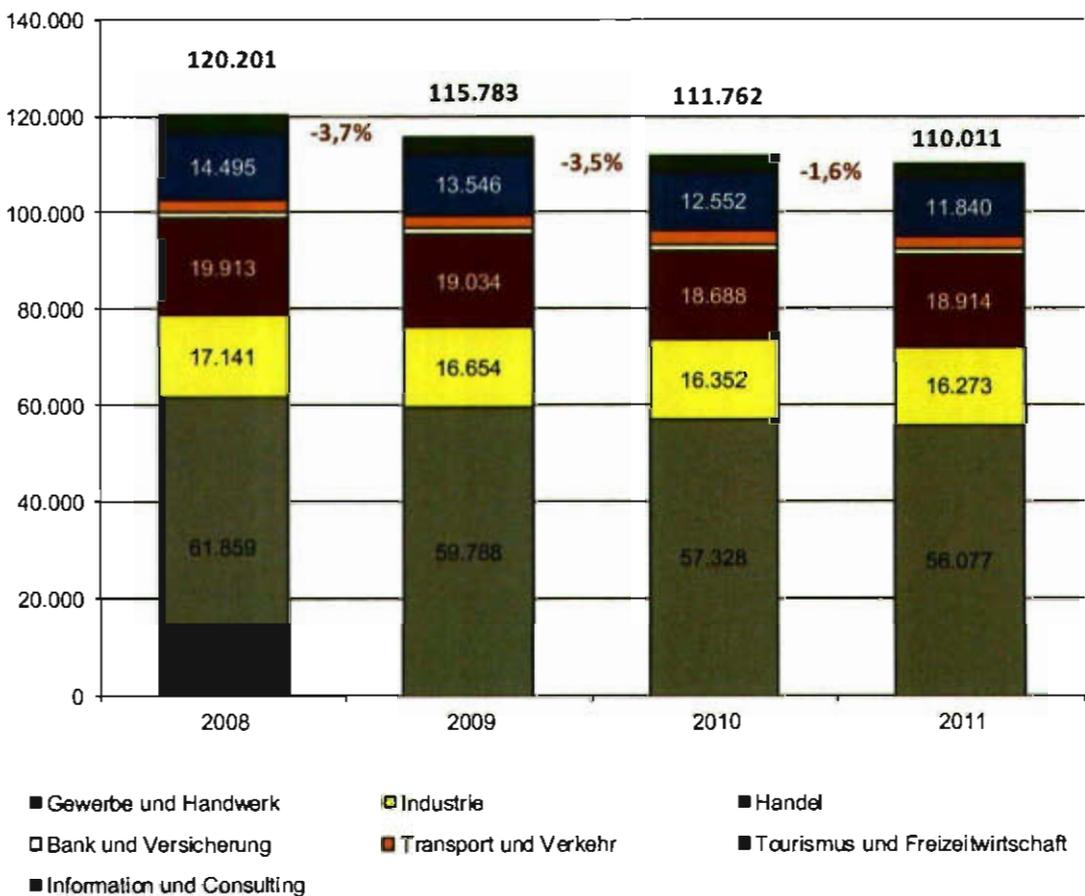
Quelle: WKÖ, Neugrundungsstatistik

7.1.5 Lehrlinge

Im Jahr 2011 wurden in der gewerblichen Wirtschaft rund 110.000 Lehrlinge ausgebildet. Im Vergleich zum Vorjahr kam es zu einem Rückgang von 1,6 %. Der Rückgang fiel jedoch geringer aus als in den Jahren davor, als die Anzahl der Lehrlinge um 3,7 % (2008/09) bzw. um 3,5 % (2009/10) zurückging.

Die meisten Lehrlinge werden im Gewerbe und Handwerk (2011 rund 56.000) ausgebildet, gefolgt vom Handel (2011 rund 18.900) und der Industrie (2011 rund 16.300). In allen drei Bereichen kam es zwischen 2008 und 2011 zu Rückgängen an Lehrlingen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Handel jedoch 2011 Lehrlingszuwächse (1,2 %) verzeichnen.

Grafik 67 Entwicklung Lehrlingszahlen nach Sparten in der gewerblichen Wirtschaft, 2008 - 2011



Quelle: WKÖ, Lehrlingsstatistik

7.2 Definitionen

Bedeutung der KMU und des Unternehmertums

1. Marktorientierte Wirtschaft

Unter marktorientierter Wirtschaft werden nach der Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008^{1a} bzw. NACE Rev. 1.1 die Abschnitte B bis N und S95 zusammengefasst. Genauer sind dies folgende Sektoren:

- Abschnitt B: Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Abschnitt C: Herstellung von Waren
- Abschnitt D: Energieversorgung
- Abschnitt E: Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen
- Abschnitt F: Bau
- Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen
- Abschnitt H: Verkehr und Lagerei
- Abschnitt I: Beherbergung und Gastronomie
- Abschnitt J: Information und Kommunikation
- Abschnitt K: Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
- Abschnitt L: Grundstücks- und Wohnungswesen
- Abschnitt M: Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Werbung und Marktforschung)
- Abschnitt N: Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Vermietung von beweglichen Sachen, Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Reisebüros)
- Abteilung S95: Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Nicht enthalten sind die Land- und Forstwirtschaft, die öffentliche Verwaltung sowie die Bereiche Erziehung und Unterricht, Gesundheit und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

1a. ÖNACE 2008

NACE (= *nomenclature générale des activités économiques dans les communautés européennes*) stellt eine Einteilung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in ein europaweit einheitliches Schema dar. Seit 1. Jänner 2008 ist in der Europäischen Union die revidierte Wirtschaftstätigkeitenklassifikation NACE Rev. 2, die die NACE Rev. 1.1 abgelöst hat, anzuwenden. Die nationale Version für Österreich lautet ÖNACE 2008.

2. Unternehmen

Unter Unternehmen ist nach Definition der Statistik Austria eine rechtliche Einheit zu verstehen, welche eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren oder Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen kann eine oder mehrere Tätigkeiten an einem oder mehreren Standorten ausüben.

Erfasst werden von der Statistik Austria alle Unternehmen, die entweder mehr als € 10.000 Umsatz im Jahr oder mindestens einen unselbstständig Beschäftigten haben. Ein Unternehmen muss zudem in zumindest zwei der vier Verwaltungsquellen (Sozialversicherungs-, Steuerdaten, Firmenbuch und Daten der Wirtschaftskammer Österreich), die für die Berechnung verwendet werden, aufscheinen.

3. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Abgrenzungsmerkmale von KMU nach der Definition der Europäischen Kommission stellen die Anzahl der Beschäftigten und der Umsatz oder die Bilanzsumme dar.

	Beschäftigte	Umsatz in € Mio.	Bilanzsumme in € Mio.
Kleinstunternehmen	9	2	2
Kleinunternehmen	49	10	10
Mittlere Unternehmen	249	50	43

Anmerkung: Die dargestellten Werte gelten seit 1. Jänner 2005 und stellen Höchstgrenzen dar.
Quelle: Europäische Kommission

Weiters muss ein KMU ein „eigenständiges“ Unternehmen sein. Darunter werden Unternehmen verstanden, bei denen es sich nicht um ein Partnerunternehmen^{3a} oder ein verbundenes Unternehmen^{3b} handelt. (Europäische Kommission (2003): Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, Amtsblatt der europäischen Kommission, Brüssel)

3a. Partnerunternehmen

Ein Unternehmen ist nach Definition der Europäischen Kommission ein Partnerunternehmen eines anderen Unternehmens, wenn:

- es einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an diesem anderen Unternehmen hält;
- dieses andere Unternehmen einen Anteil zwischen 25 % und 50 % an dem antragstellenden Unternehmen hält;
- das antragstellende Unternehmen keinen konsolidierten Abschluss erstellt, in den dieses andere Unternehmen durch Konsolidierung einbezogen wird, und nicht durch Konsolidierung in den Abschluss dieses bzw. eines weiteren Unternehmens, das mit diesem verbunden ist, einbezogen wird.

3b. Verbundenes Unternehmen

Verbundene Unternehmen, die entweder durch mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Mehrheit ihres Kapitals oder ihrer Stimmrechte oder die Fähigkeit haben, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, gehören einer Unternehmensgruppe an.

4. Beschäftigte

Die Beschäftigten umfassen nach Statistik Austria die tätigen Inhaber (auch Mitinhaber, Pächter), die mithelfenden Familienangehörigen sowie die unselbstständig Beschäftigten. Als unselbstständig Beschäftigte gelten Angestellte, Arbeiter, Lehrlinge und Heimarbeiter.

5. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten nach Statistik Austria die Summe der im Unternehmen während des Berichtszeitraumes für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit in Rechnung gestellten Beträge (ohne Umsatzsteuer), welche dem Verkauf und/oder der Nutzungsüberlassung von Erzeugnissen und Waren bzw. gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen nach Abzug der Erlöschmälerungen (Skonti, Kundenrabatte etc.) entsprechen.

6. Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten

Die Umsatzerlöse minus der Vorleistungen ergeben die Leistung des Unternehmens. Durch Addition der Subventionen und Subtraktion der Steuern und Abgaben ergibt sich die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten.

7. Beschäftigten-Größenklassen

Die Beschäftigten-Größenklassen beziehen sich auf die Beschäftigten insgesamt. Bei Unternehmen mit 0 Beschäftigten handelt es sich zum Beispiel um Holdings, denen keine Beschäftigten zugewiesen werden.

8. Ein-Personen-Unternehmen (EPU)

Zur besseren Abgrenzung von anderen Wirtschaftskonstrukten müssen EPU folgende charakteristische Merkmale aufweisen, um als solche klassifiziert werden zu können:

- selbstständige, dauerhaft auf den Markt ausgerichtete Tätigkeit;
- auf Voll- oder Teilzeitbasis (d. h. auch neben einer anderen Beschäftigung), allerdings ohne Berücksichtigung jener Selbstständigen, deren jährliche Einkünfte unter dem Schwellenwert der GSVG-Pflichtversicherung liegen;
- kein Mitunternehmertum;
- keine dauerhaft (d. h. über einen durchgehenden Zeitraum von mindestens 5 Monaten) beschäftigten Mitarbeiter, unabhängig vom Tätigkeitsausmaß (während sporadisch Beschäftigte der EPU-Eigenschaft nicht abträglich sind);
- Tätigkeit in der Gesamtwirtschaft (ohne Berücksichtigung der Land- und Forstwirtschaft, aber unter Einbeziehung der freien Berufe und der neuen Selbstständigen).

9. Neugründungen

Nach Statistik Austria liegt eine echte Neugründung dann vor, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren - insbesondere Beschäftigung - geschaffen wird. Das Unternehmen wird sozusagen „aus dem Nichts“ aufgebaut. Zugänge zum Bestand durch z. B. Fusion, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Neugründungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Neugründung betrachtet. Wenn eine ruhende Einheit innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird, wird dies auch nicht als Neugründung gezählt. Als Jahr der Gründung wird jenes Jahr herangezogen, in dem das Unternehmen zum ersten Mal einen Umsatz über € 10.000 oder erstmals mindestens einen unselbstständig Beschäftigten hat. Wenn ein Unternehmen im Jahr der Gründung nur einen Teil des Jahres bestanden hat und im gleichen Jahr wieder geschlossen wurde, wird dieses Unternehmen im Jahr der Gründung zu den Neugründungen gezählt und im Jahr darauf zu den Unternehmensschließungen.

10. Schließungen

Die Statistik Austria spricht von einer echten Unternehmensschließung, wenn nur ein Unternehmen beteiligt ist und eine Kombination von Produktionsfaktoren wegfällt. Abgänge durch z. B. Fusion, Übernahme, Auflösung oder Umstrukturierung sind keine echten Schließungen. Auch ein reiner Wechsel der Wirtschaftstätigkeit, der Rechtsform oder des Firmensitzes wird nicht als Schließung betrachtet. Ein Unternehmen gilt erst dann als geschlossen, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert worden ist. Das Jahr der Schließung wird mit jenem Jahr festgelegt, in dem das Unternehmen letztmals über € 10.000 Umsatz oder letztmals unselbstständig Beschäftigte hatte.

11. Insolvenz

Eine Insolvenz beschreibt nach OeNB die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens, die dann vorliegt, wenn das Unternehmen nicht nur vorübergehend (dies wäre eine Zahlungsstockung) nicht mehr in der Lage ist, seine fälligen Verbindlichkeiten zu begleichen. Bei juristischen Personen liegt auch eine Insolvenz vor, wenn eine Überschuldung gegeben ist.

Bei einer eröffneten Insolvenz handelt es sich um ein vom örtlich und sachlich zuständigen Gericht eröffnetes Insolvenzverfahren (ohne außergerichtliche Vereinbarungen und Konkursanträge). Eine Schließung des Unternehmens im Zuge eines Insolvenzverfahrens ist nicht zwangsläufig. Im Zuge eines gerichtlichen Ausgleichsverfahrens bleibt das Unternehmen im Regelfall bestehen; in einigen Fällen kommt es jedoch zu einer Unternehmensschließung.

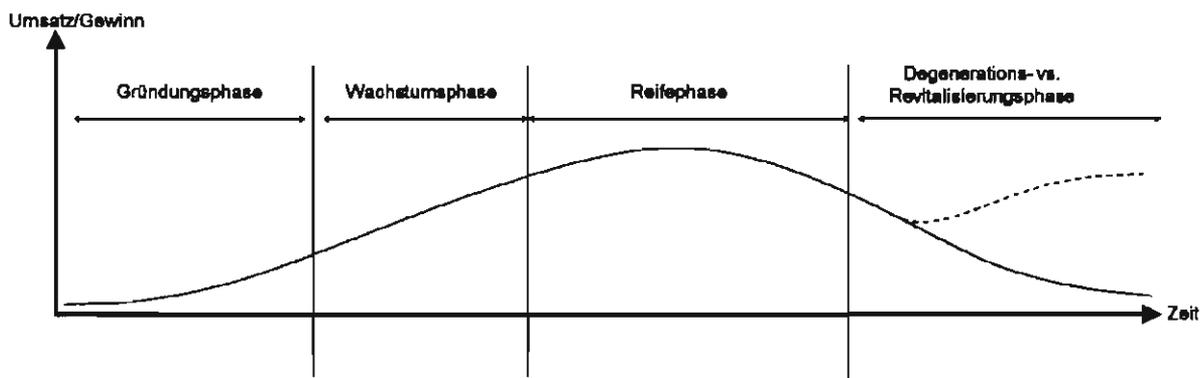
Heterogenität österreichischer KMU

12. Unternehmenslebenszyklus

Unternehmen als dynamische Organisationen verändern sich typischerweise entlang von Entwicklungspfaden im Zeitablauf. Je nach Phase, in denen sie sich befinden, weisen sie unterschiedliche Wachstumscharakteristika auf. Für die Erklärung von Unternehmensentwicklungen wird häufig die Metapher des Lebenszyklus in Anlehnung an den Lebenszyklus von Lebewesen verwendet.

Anhand von Lebenszyklusmodellen lassen sich idealtypische Wachstumsverläufe darstellen, die eine Orientierungshilfe für Unternehmen bzw. für die Analyse der Unternehmensentwicklung darstellen soll. Typischerweise wird der Unternehmenslebenszyklus durch vier bzw. fünf Phasen charakterisiert (vgl. Mugler, J. (1998) und Nischalke, P. (2006)):

Grafik 68 Idealtypischer Unternehmenslebenszyklus



Quelle: Mugler, J. (1998) und Nischalke, P. (2006)

13. Unternehmensnachfolge

Unter einer Unternehmensübergabe bzw. -nachfolge wird der Übergang des Eigentums an einem Unternehmen auf eine andere natürliche Person oder Unternehmung (Personengesellschaft oder juristische Person) verstanden, wobei das ursprüngliche Unternehmen weiterhin wirtschaftlich tätig ist.

14. Kreativwirtschaft

Unter Kreativwirtschaft werden hier jene erwerbsorientierten Unternehmen erfasst, die sich mit der Schaffung, Produktion, (medialen) Distribution von kreativen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigen. Wesentliche Abgrenzungsmerkmale sind dabei das kreative oder kulturelle Schaffen als zentraler Input und die Erwerbsorientierung der Betriebe. Die Sektoren der Kreativwirtschaft umfassen Architektur, Design, Radio & TV, Software & Games, Verlage, Video & Film, Werbung sowie Musik, Buch und künstlerische Tätigkeit.

Auswirkungen und Bewältigung der Staatsschuldenkrise

15. Nichtfinanzielle Unternehmen

Unter nichtfinanziellen Unternehmen sind private und öffentliche institutionelle Einheiten zu verstehen, deren Hauptfunktion nicht in der finanziellen Mittlertätigkeit besteht (anders als etwa bei Versicherungsunternehmen), sondern vielmehr in der Produktion von Gütern und in der Erbringung von nichtfinanziellen Dienstleistungen.

16. Maastricht-Kriterien

Mit dem Vertrag von Maastricht wurden Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien) festgelegt, die ein Staat erfüllen muss, um an der Europäischen WWU (Wirtschafts- und Währungsunion) teilnehmen zu dürfen.

Folgende fiskalische Maastricht-Kriterien sind zu erreichen:

- Das öffentliche Defizit darf 3 % des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) nicht übersteigen;
- Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des nationalen BIP erreichen.

Folgende monetäre Maastricht-Kriterien sind zu erreichen:

- Die nationale Inflationsrate darf maximal 1,5 %-Punkte über derjenigen der drei preisstabilsten EU-Staaten liegen;
- Der langfristige Zinssatz darf höchstens 2 %-Punkte höher als in den drei preisstabilsten EU-Staaten liegen.

Maßnahmen zur Förderung der KMU

17. One-Stop-Shop

Eine allgemein gültige Definition von „One-Stop-Shop“ existiert nicht. Allgemein werden darunter zentrale Anlaufstellen verstanden, an denen alle notwendigen bürokratischen Schritte, die zur Realisierung eines Vorgangs (etwa die Unternehmensgründung) erforderlich sind, erfolgen können. Dies soll zu einem geringeren administrativen Aufwand und höherer Servicequalität führen.

18. ERP-Kredite

Im Rahmen des ERP-Fonds (European Recovery Program bzw. Europäisches Wiederaufbau-Programm) werden zinsgünstige Kredite vergeben. Der Fonds wurde 1962 eingerichtet, um die so genannten Counterpart-Mittel aus dem Marshall-Plan zur Realisierung wirtschaftlicher Investitionsvorhaben und

strukturverbessernder Maßnahmen zu organisieren. Er wird seit 2002 von der aws (Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H.) verwaltet.

19. CE-Kennzeichnung

Mit dieser Kennzeichnung wird erklärt, dass das Produkt allen anzuwendenden Vorschriften der EU entspricht und die entsprechenden Konformitätsbewertungsverfahren durchgeführt wurden.

Nationale statistische Daten

20. Gewerbliche Wirtschaft

Die gewerbliche Wirtschaft beinhaltet die 7 Sparten, welche in der Wirtschaftskammer organisiert sind:

- Gewerbe und Handwerk
- Industrie
- Handel
- Banken und Versicherungen
- Verkehr und Transport
- Tourismus und Freizeitwirtschaft
- Information und Consulting

21. Unternehmensneugründungen

In der Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich wird der Zugang an Kammermitgliedern betrachtet. Bei einer Neugründung müssen zwei der drei folgenden Merkmale neu vorliegen: Firmenbezeichnung, Standort oder Branchenzugehörigkeit. Übernahmen bestehender Unternehmen gelten nur dann als Neugründungen, wenn sich der Standort oder das Tätigkeitsprofil ändert, wie Wechsel der Fachgruppenzugehörigkeit oder Ausweitung des Gewerbeumfanges. Ausgeschieden werden jene Berechtigungen, die innerhalb von 6 Monaten nach dem Meldedatum des neuen Kammermitglieds bereits wieder gelöscht wurden (sogenannte „Sternschnuppen“).

7.3 Small Business Act

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft sind dynamische, wettbewerbsfähige Unternehmen von zentraler Bedeutung. „Der Wohlstand der EU wird daher in Zukunft entscheidend davon abhängen, ob wir imstande sind, das Wachstums- und Innovationspotenzial kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) zu nutzen.“ (Europäische Kommission (2008a): a. a. O., S. 2.)

Die Europäische Kommission hat daher im Juni 2008 eine ambitionierte politische Initiative vorgestellt: Den „Small Business Act“ für Europa – Vorfahrt für KMU in Europa. Ziel dessen war und ist es, das Wohlergehen der KMU als wesentliches Element der europäischen Politik zu etablieren und die Idee, die EU im internationalen Vergleich zu einem besonders attraktiven Standort für KMU zu machen, umzusetzen.

Im Small Business Act (SBA) wurden zehn Grundsätze festgelegt, die für die Planung und Durchführung KMU-politischer Maßnahmen auf europäischer Ebene und jener der Mitgliedstaaten entscheidend sind.

Diese zehn Grundsätze, nach denen auch die Maßnahmen zur Förderung der österreichischen KMU gegliedert sind (vgl. Kapitel 5), umfassen:

- Unternehmertum: Förderung der unternehmerischen Initiative;
- zweite Chance: zweite Chance nach redlichem Scheitern;
- Vorfahrt für KMU: Einführung des Prinzips „Think Small First“;
- Mitdenkende Verwaltung: Schaffung elektronischer Behördendienste und zentraler Anlaufstellen („One-Stop Shop“);
- Öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen;
- Finanzierung: Erleichterung des Zugangs der KMU zu Finanzierungsmöglichkeiten;
- Binnenmarkt: KMU sollen ermuntert werden, verstärkt die Chancen des Binnenmarktes zu nutzen;
- Qualifizierung und Innovation: Förderung der Weiterqualifizierung und aller Formen der Innovation;

- Umwelt: Umweltprobleme sollen in Geschäftschancen für KMU umgewandelt werden;
- Internationalisierung: KMU sollen vom Wachstum der Märkte außerhalb der EU profitieren.

Diese zehn Maßnahmen stellen das Gerüst für die Planung und Durchführung politischer Maßnahmen sowohl auf europäischer als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten dar. Mit dem Beschluss des SBA im Rahmen der Tagung des Rates für „Wettbewerbsfähigkeit“ im Dezember 2008 haben sich die Mitgliedstaaten zur Umsetzung verpflichtet.

Um die Fortschritte der Reformvorhaben und damit der europaweiten KMU-Politik bewerten zu können, werden von der Europäischen Kommission regelmäßige Monitoringberichte verfasst. Das jährlich für jedes Land herausgegebene „SBA Fact Sheet“ dient als Informationsquelle zu aktuellen Bedingungen der KMU in einem Mitgliedstaat sowie der mittelfristigen Veränderung auf Basis statistischer Erhebungen.

Im Rahmen des „SBA Fact Sheets“ werden 88 Indikatoren betrachtet und dem jeweiligen Grundsatz zugeordnet. Die Anzahl der Variablen, die in jedem Grundsatz analysiert werden, variiert stark; während zum „Unternehmertum“ 19 Indikatoren erhoben und verglichen werden, sind es zur „zweiten Chance“ nach redlichem Scheitern oder zur „Vorfahrt für KMU“ jeweils drei. In den fünften Grundsatz, in dem das öffentliche Beschaffungswesen und Beihilfen beleuchtet werden, fließen nur zwei Werte ein.

Das „SBA Fact Sheet“ sieht sich mit einigen Einschränkungen konfrontiert, die beachtet werden müssen. So ist das „SBA Fact Sheet“ kein hinreichendes Monitoringinstrument für die KMU-Politik eines Mitgliedstaates, da einerseits nicht alle im SBA angeführten Maßnahmen erfasst werden können und andererseits auch qualitative Betrachtungen für eine umfassende Einschätzung notwendig wären. Nachteile des „SBA Fact Sheet“ sind zudem die Vernachlässigung einiger Bereiche, wie etwa makroökonomischer Implikationen oder der Infrastruktur, mit direktem oder indirektem Einfluss auf die europäischen KMU.

Die zeitliche Verzögerung von zwei bis drei Jahren, mit der die statistischen Daten, welche die Grundlage der Vergleiche bilden, vorliegen, wirkt sich zudem nachteilig aus. Dieser Timelag lässt sich mit der Dauer der Erhebung

der Daten auf Ebene der Mitgliedstaaten bzw. durch europaweite Befragungen und allenfalls notwendige Harmonisierungen erklären.

Als problematisch bei internationalen Vergleichen stellt sich heraus, dass Maßnahmen der Mitgliedstaaten vor dem Beobachtungszeitraum des „SBA Fact Sheet“ nicht berücksichtigt werden. Die unterschiedlichen (Ausgangs-) Niveaus der EU-Länder werden damit nicht beachtet, wodurch ein jährlicher Vergleich der Entwicklung verzerrt wird. Ein weiteres Problem, das sich bei Zeitvergleichen zeigt, betrifft die Inkonsistenz der Zeitreihen: Obwohl davon ausgegangen wird, dass strukturelle Indikatoren sich eher langsam als abrupt verändern und damit nur eine kontinuierliche Änderung der Position der Mitgliedstaaten zu erwarten ist, zeigt sich in der Praxis, dass es zu starken Schwankungen im Ranking der Länder im Zeitvergleich kommt.

7.4 Übersicht der erfassten Maßnahmen

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
Entrepreneurship Action Plan	1. Unternehmerische Initiative
Jugendstrategie, "Jugendcheck"	1. Unternehmerische Initiative
Entrepreneurship Education	1. Unternehmerische Initiative
Unternehmerführerschein der WKÖ	1. Unternehmerische Initiative
U:start des Alumniverbandes der Universität Wien	1. Unternehmerische Initiative
Aktionsprogramm KMU des BMWFJ und WIFI	1. Unternehmerische Initiative
Business pro Austria (bpa) des Verbands der Technologiezentren Österreichs	1. Unternehmerische Initiative
Mentoring für Migranten, WKO, ÖIF, AMS	1. Unternehmerische Initiative
Förderung von Unternehmern mit Behinderung	1. Unternehmerische Initiative
Burnout-Prävention des BMWFJ und WIFI Unternehmensservice	1. Unternehmerische Initiative
2012 Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen	1. Unternehmerische Initiative
Coaching und Beratung für Lehrlinge und Lehrbetriebe	1. Unternehmerische Initiative
Frauenförderung Patenteinreichung	1. Unternehmerische Initiative
Selbstständig gesund - SVA Vorsorgeprogramm	1. Unternehmerische Initiative
Novelle Insolvenzrecht	2. Zweite Chance nach Insolvenz
www.verwaltungskostensenken.at	3. Vorfahrt KMU
Innovationsschutznovelle, Widerspruchsverfahren	3. Vorfahrt KMU
Neue Rechtsmaterien anwenden, Lebensmittelwirtschaft	3. Vorfahrt KMU
wirkungsorientierte Folgenabschätzung für Regelungsvorhaben, KMU-Test	3. Vorfahrt KMU
KMU-Paket, BMF	3. Vorfahrt KMU
Einrichtung von Online-Portalen (www.usp.gv.at)	4. Öffentliche Verwaltung
Unternehmensgründungen online	4. Öffentliche Verwaltung
Reduzierung von Zeitaufwand und Kosten bei Gründung	4. Öffentliche Verwaltung
Reduzierung des Zeitaufwands von Meldungen Statistik Austria	4. Öffentliche Verwaltung
Einführung eines Single-Flow-Systems bei Intrastat	4. Öffentliche Verwaltung

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
Novelle Neugründungsförderungsgesetz (NeuFÖG)	4. Öffentliche Verwaltung
KMU-Strategie bei Beschaffung	5. politische Instrumente - KMU gerecht
Vergabewesen BVerG Novelle 2012	5. politische Instrumente - KMU gerecht
Bundeswettbewerbsbehörde: Aufgaben, Instrumente und Aktionsfelder	5. politische Instrumente - KMU gerecht
Bedeutung Ausschreibungsgestaltung - Dialog KMU und Auftraggeber	5. politische Instrumente - KMU gerecht
Vorzeitige Absetzung für Abnutzung, Konjunkturbelebungs-gesetz 2009	6. Finanzierung
Entfall der Gebühr für Darlehens-, Kredit-, Haftungs- und Garantiekreditverträge	6. Finanzierung
Forschungsprämie	6. Finanzierung
EIB-Maßnahmen	6. Finanzierung
Förderungstätigkeit aws, Entwicklung KMU Förderungen während und nach der Krise	6. Finanzierung
Roadmap-Prozess aws	6. Finanzierung
Bonitätsanalyse der aws	6. Finanzierung
Filmstandort Österreich, aws	6. Finanzierung
Förderungstätigkeit ÖHT	6. Finanzierung
Maßnahmenpakete für Tourismusstandort Österreich	6. Finanzierung
Tourismusstrategie des Bundes, neue Tourismus-Förderungs-Richtlinien, Förderpyramide	6. Finanzierung
Informationsbereitstellung der ÖHT - inkl. Webblog	6. Finanzierung
ÖHT: Innovationen „Leuchtturmprojekte“	6. Finanzierung
Gewinnfreibetrag	6. Finanzierung
Europäische Risikokapitalfonds	6. Finanzierung
Europäische Fonds für soziales Unternehmertum	6. Finanzierung
Programme for the Competitiveness of Enterprises and SMEs - COSME	6. Finanzierung
KMU-Stresstest	6. Finanzierung

Maßnahme	Abschnitt Kapitel 4
Jungunternehmerförderungen der aws	6. Finanzierung
Risikokapitalfinanzierung: Gründerfonds und Business Angel Fund	6. Finanzierung
ÖNORM A 6800 für Marken, ÖNORM A 6801 für Patentbewertung, Roadshow	7. Binnenmarkt
Verbesserung KMU-Vertretung im Normungsprozess	7. Binnenmarkt
Europäische Norm über Innovationsmanagement	7. Binnenmarkt
Forschungskompetenzen für die Wirtschaft	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Innovationsfördernde öffentliche Beschaffung	8. Innovation u Weiterqualifizierung
www.ncp-ip.at: Kontaktstelle für Wissens- und Technologietransfer von öffentlicher Forschung in die Wirtschaft	8. Innovation u Weiterqualifizierung
elektronische Patenteinreichung	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Research Studios Austria	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Förderungstätigkeit FFG (COMET, Basisprogramme, KMU-Paket, Projektstart, Projektstart EU, Förderung High-Tech-Entwicklungen)	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Horizon 2020	8. Innovation u Weiterqualifizierung
EU-Patent	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Unterstützungsleistungen Schutzrechtsfinanzierung und -durchsetzung der aws	8. Innovation u Weiterqualifizierung
Phönix 2012	8. Innovation u Weiterqualifizierung
thermische Sanierung	9. Nachhaltigkeit
Energieforschungsinitiative des BMWFJ	9. Nachhaltigkeit
EU-Rahmenrichtlinie über umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (Ökodesign)	9. Nachhaltigkeit
Internationalisierungsförderung „go-international“	10. Internationalisierung
Verbesserung der Exportchancen im Bereich der Umwelttechnologie	10. Internationalisierung
Österreichische Exportfonds GesmbH	10. Internationalisierung
Eigenkapitalbeteiligung OeEB	10. Internationalisierung

7.5 Quellen- und Datenquellenverzeichnis

- ARGE creativ wirtschaft austria (2010): Vierter Österreichischer Kreativwirtschaftsbericht - Studienfassung. Wien: ARGE creativ wirtschaft austria.
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2010): Assessing the Macroeconomic Impact of the Transition to Stronger Capital and Liquidity Requirements. Basel: BIS.
- BMWF, BMVIT, BMWFJ (2012): Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2012. Wien: BMWF, BMVIT, BMWFJ.
- Dörflinger, C. et al. (2011): Ein-Personen-Unternehmen (EPU) in Österreich. Ein- und Ausblicke 2011. Wien: KMU Forschung Austria /Wirtschaftskammern Österreichs.
- Europäische Kommission (2008a): Europäischer Leitfaden für bewährte Verfahren (Code of best Practice) zur Erleichterung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu öffentlichen Aufträgen. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008b): Vorfahrt für KMU in Europa – der „Small Business Act für Europa“. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2009): An EU-Strategy for Youth – Investing and Empowering, A renewed open method of coordination to address youth challenges and opportunities. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011a): Die Leistung des Binnenmarkts steigern – Governance Test 2011. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Europäische Kommission (2011b): Small Business Act Fact Sheet Österreich 2010/11. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011c): Überprüfung des „Small Business Act“ für Europa. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012a): Innovation Union Scoreboard 2011. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012b): KMU, Ressourceneffizienz und Grüne Märkte - Ergebnisse Österreich. Flash Eurobarometer 342. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Zentralbank (2001/12): Monatsberichte. Frankfurt: Europäische Zentralbank.
- Felderer, B. et al. (2010): Mögliche Auswirkungen von „Basel III“ auf Kreditvolumina und gesamtwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich, Wien: IHS.
- Frank et al. (2011): Erfolgsfaktoren österreichischer Familienunternehmen - Das Zusammenspiel von Familie und Unternehmen in Entscheidungsprozessen. Wien: BMWFJ.

- Hahn F./Hölzl W. (2011): Auswirkungen der neuen Eigenkapitalbestimmungen „Basel III“ auf die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen in Österreich. Wien: WIFO.
- Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger (2010): Ergebnisse einer österreichweiten Bedarfsanalyse zu gesundheitsbezogenen Maßnahmen für Klein- und Kleinstbetriebe, Wien.
- Heckl, E. et al. (2010): Unternehmerinnen in Österreich: Status quo 2009. Wien: KMU Forschung Austria, BMWFJ, Wirtschaftskammer Österreich – Frau in der Wirtschaft.
- Hölzl, W. (2009): Österreichs kleine und mittlere Unternehmen in der Finanzmarktkrise. In: WIFO Monatsberichte 12/2009. Wien: WIFO.
- Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (2012): Glossar zur Schuldenkrise. <http://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/konjunkturprognosen/glossar-schuldenkrise/ifw-glossar-zur-schuldenkrise/> Stand 21.05.2012
- Kailer, N./Daxner, F. (2010): Gründungspotenzial und -aktivitäten von Studierenden an österreichischen Hochschulen. Linz: Johannes Kepler Universität Linz.
- KSV1870 (2010): Europa der zwei Geschwindigkeiten, Internationale Insolvenzstatistik 2010, Wien, 2010.
- KSV1870 (2011): Optimismus ungebrochen. Trendumfrage: Umsätze weiter steigend, Öffentliche Hand zahlt schneller. Pressemitteilung, Wien, 09/2011.
- KSV1870 (2011b): Starke Wirtschaft – Schwache Insolvenzzahlen: Insolvenzstatistik Unternehmen 2011. Pressemitteilung, Wien, 01/2012.
- Mandl I. (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Wien: KMU Forschung Austria, Europäische Kommission.
- Mandl, I./Obenaus, S. (2008): Overview of Family Business Relevant Issues. Country Fiche Austria. Wien: KMU Forschung Austria, Europäische Kommission.
- Mugler, J. (1998): Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe. Band 1. Wien: Springer.
- Nischalke, P. (2006): Die Organisation wachsender Unternehmen: Eine Entwicklung idealtypischer Gestaltungsalternativen auf system- und kontingenztheoretischer Basis. Schriften zur Organisation und Information, 8, Handelshochschule Leipzig.
- OECD (2012): Entrepreneurship at a Glance 2012. Paris: OECD.
- Slovik, P., Cournede, B. (2011): Macroeconomic Impact of Basel III, OECD Economics Department Working Papers No 844. Paris: OECD.
- Voithofer, P. et al. (2009): Ein-Personen-Unternehmen in Österreich – Status quo 2009. Wien: KMU Forschung Austria, Wirtschaftskammer Österreich.
- WIFO (2012): Prognose für 2012 und 2013: Euro-Raum vorübergehend in der Rezession. Wien: WIFO.

7.6 Abkürzungsverzeichnis

ABA	Austrian Business Agency
AMS	Arbeitsmarktservice
AWO	Außenwirtschaft Österreich
aws	Austria Wirtschaftsservice Ges.m.b.H
BBG	Bundesbeschaffung GmbH
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BKA	Bundeskanzleramt
BLS	Bank Lending Survey
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
bpa	business pro austria
BUAK	Bauarbeiter-Urlaubs- & Abfertigungskasse
CIP	Competitiveness and Innovation Programme
DL-I	Dienstleistungsinitiative
EDM	Elektronisches Datenmanagement des Lebensministeriums
EE	Erneuerbare Energien
EEN	Enterprise Europe Network
eesi	Entrepreneurship Education für schulische Innovationen
EFG	Eigenkapital-Fazilität für Investitionen in der Wachstumsphase
EFSF	European Financial Stability Facility
EFSM	Europäischer Finanzstabilitätsmechanismus
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EIT	Europäisches Innovations- und Technologieinstitut
ELDA	Elektronischer Datenaustausch mit den österreichischen Sozialversicherungsträgern
EP	Europäisches Patent

EPA	Europäisches Patentamt
EPU	Ein-Personen-Unternehmen
ER>B	E-Rechnung an den Bund
ERP	European Recovery Program
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EZB	Europäische Zentralbank
FFG	Forschungsförderungsgesellschaft
FON	FinanzOnline
GewInN	Zentrales Gewerberegister NEU
IHS	Institut für Höhere Studien
IÖB	innovationsfördernde öffentliche Beschaffung
IP	Intellectual Property (Geistiges Eigentum)
IPAF	Intellectual Property Agreement Guide
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
KSV1870	Kreditschutzverband von 1870
NCP-IP	National Contact Point, Intellectual Property
NeuFöG	Neugründungsförderungsgesetz
OeEB	Oesterreichische Entwicklungsbank
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ÖHT	Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H.
ÖIF	Österreichischer Integrationsfonds
ÖPA	Österreichisches Patentamt
OSS	one stop shop
PCT	Patent Cooperation Treaty
RSA	Research Studios Austria
SAFE	Survey on the Access to Finance of small and medium-sized Enterprises
SBA	Small Business Act
SPE	Societas Privata Europaea, europäische Privatgesellschaft
USP	Unternehmensserviceportal
USt	Umsatzsteuer
VCD NSP	Virtual Company Dossier National Service Provider
VIP	Verbrauchssteuer Internetplattform

WEBEKU	WEB-BE-Kunden-Portal
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WKO	Wirtschaftskammer Österreich
WKÖ	Wirtschaftskammern Österreichs
WKW	Wirtschaftskammer Wien
WWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion



**BUNDESMINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, FAMILIE UND JUGEND**

1010 Wien | Stubenring 1 | www.bmwfj.gv.at